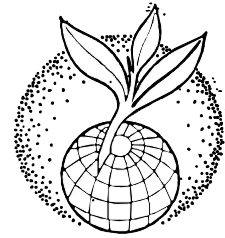


SMALL IS BEAUTIFUL



IN DIESER AUSGABE:

Eskalationsschritte im Atomstreit zwischen EU-3 und Iran	1
Editorial	2
Einladung zur Mitgliederversammlung	3
Klimaschutz	3
Wie viel Gündremminger Atommüll wurde bisher entsorgt?	4
Die Atomlobby verhöhnt die Tschernobyl-Opfer	5
Hunger und Not im Überfluss	6
Buchbesprechung: „Tschernobyl-Nahaufnahme“	7
Wer kritisch fragt ist noch längst kein Kernkraftgegner	7
Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz	8
Impressum	8

Wichtige Mitteilung!

Die diesjährige Mitgliederversammlung der E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie findet am 2. Mai 2006 in der Mohr-Villa in München statt. Die Agenda dazu finden Sie auf der Seite 3 des Infobriefes (rechte Außenspalte).

ESKALATIONSSCHRITTE IM ATOMSTREIT ZWISCHEN EU-3 UND IRAN

Clemens Ronnefeldt

Die im nachfolgenden Text zusammengefassten Dokumente können nachgelesen werden unter www.bits.de/main/archive/iran1.htm

Die Eskalation im Atomstreit zwischen EU-3 und Iran war keineswegs unvermeidbar.

November 2003: Vereinbarung zwischen Iran und EU-3 in Teheran

Mit dieser Vereinbarung unterzeichnete Iran das Zusatzabkommen zum Atomwaffensperrvertrag. Damit unterwarf sich Teheran erweiterten Informationspflichten und unangemeldeten Inspektionsbesuchen seiner Atomanlagen durch die IAEO – und hielt diese Verpflichtung in der Folgezeit auch ein. Iran erklärte sich zusätzlich bereit, freiwillig alle Urananreicherungs- und Wiederaufarbeitungsarbeiten vorläufig auszusetzen, bis eine Dauerlösung gefunden sei.

Die EU bestätigten das Recht Irans zur friedlichen Nutzung der Atomenergie in vollem Umfang. Nach der Klärung des Konfliktes versprach die EU-3 einen besseren Zugang zu Hochtechnologien sowie zur Zusammenarbeit im Rahmen einer regionalen Sicherheitszone.

Folgen:

Weil Iran die Bauarbeiten an der Urankonversionsanlage in Esfahan fertig stellte und Arbeiten an der Urananreicherungsanlage in Natanz weiterführte, sahen die EU-3 dies als

Vertragsverletzung. Iran bestand auf der formal korrekten IAEO-Definition, wonach der Bau von Zentrifugen noch nichts mit der Anreicherung von Uran zu tun habe, ebenso die in Esfahan durchgeführte Konversion weiterhin erlaubt sei.

November 2004: Vereinbarung zwischen Iran und EU-3 in Paris

In Paris sagte Iran zu, weiterhin freiwillig die Urankonversion in Esfahan auszusetzen, ebenso die Urananreicherung in Natanz, so lange die Verhandlungen andauern. Teheran stimmte der Versiegelung der Anlagen durch die IAEO zu. Die EU-3 engten die Spielräume aus dem Abkommen von Teheran für Iran weiter ein, in dem sie nun auch das Verbot des Baus von Zentrifugen und Kaskaden durchsetzten, woran sich Teheran auch in der Folgezeit hielt.

Die EU-3 bestätigten der Regierung in Teheran, dass die iranischen Maßnahmen aus dem Paris-Abkommen vertrauensbildende Maßnahmen seien, zu denen Iran nicht verpflichtet sei und sagten zu, bei Irans Bemühungen zur Aufnahme in die WTO unterstützend tätig zu werden. Teheran wollte als wichtigsten Punkt klare Sicherheitsgarantien, in Zukunft nicht angegriffen zu werden, und erwartete hierfür Zusagen der EU-3.

Im Dezember 2004 sollten Verhandlungen zur Regelung aller noch offenen Fragen beginnen.

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

am 26 April jährt sich der Unfall von Tschernobyl zum 20ten Mal! Für junge Menschen ist er nur noch Geschichte, aber die Katastrophe dauert an und sie wird länger andauern als wir uns überhaupt vorstellen können! Und wie das bei Dauerzuständen so ist - man neigt dazu sich daran zu gewöhnen. Inzwischen scheint die Gewöhnung schon so weit gediehen zu sein, dass - wenn es nach der Atomlobby geht - Kernkraft wieder salonfähig werden soll. Schließlich ist der Unfall in der maroden alten Sowjetunion passiert. Bei uns ist so etwas nicht möglich, wir haben die sichersten Atomkraftwerke der Welt! Solche Sprüche gab es allerdings schon vor 1986 und auch in der Sowjetunion.

Die Atomtechnik ist nicht wirklich sicher geworden, das berühmte Restrisiko lässt sich vielleicht verkleinern, aber nicht aus der Welt schaffen und inzwischen kann, trotz aller Vertuschung, sich niemand mehr darauf herausreden, er hätte nichts gewusst. Wie weit diese Vertuschung geht und wie dreist sie ist, zeigt die Behauptung, dass der Unfall von Tschernobyl gerade mal 50 Todesopfer gefordert habe. Abgesehen davon, dass auch 50 zu viel wären, so ist es nur zu offensichtlich, dass sich die Opferzahlen in ganz anderen Dimensionen bewegen. Christine Hopf von den „Müttern gegen Atomkraft“ hat das Zahlenspiel genauer untersucht. Raimund Kamm von „gemeinsam gegen das Zwischenlager“ zeigt eindringlich das Problem der so genannten Zwischenlager. Damit werden wir uns noch auseinander setzen müssen, wenn schon längst alle Atomkraftwerke abgeschaltet sind.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre

Ihre

Doris Rüb

Doris Rüb

Folgen:

Im Dezember begannen tatsächlich regelmäßige Verhandlungen, im März 2005 zog die US-Regierung ihre Vorbehalte gegen WTO- Aufnahmegespräche weitestgehend zurück und stellte bei einem Verhandlungserfolg sogar die Lieferung von Ersatzteilen für die zivile Luftfahrt in Aussicht. Im

Lieferung nuklearer Brennstoffe sowie von Rüstungsexporten, Zugang zu EU-Märkten und EU-Investitionsmöglichkeiten sowie die Aufhebung technologischer Sanktionen der G-8-Staaten. Iran erwartete in diesem Schreiben auch die Bereitschaft der EU-3 zur Initiative für eine ABC-waffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten.



Folgen:

Die für Ende Juli 2005 zugesagte Antwort der EU-3 verzögerte sich, weil diese den Ausgang der iranischen Präsidentschaftswahlen abwarten wollte. Iran kündigte daraufhin an, unter IAEA-Aufsicht Anfang August 2005 die Urankonversion in Teheran wieder aufzunehmen. Die EU-3 sahen darin eine Vertragsverletzung und beantragten eine IAEA-Sondersitzung.

Schreiben der EU-3 an Iran vom 5.8.2005

Gegenzug sagten die EU-3 der US-Regierung zu, im Falle des Scheiterns der Verhandlungen den Fall Iran vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen.

Der Streitpunkt entzündete sich daran, dass die EU-3 „objektive Garantien“ in völkerrechtlich verbindlicher Form von Iran einforderte, allerdings selbst nur „feste Garantien“ seiner politischen Vorschläge anbot, was Teheran erst verspätet realisierte.

Schreiben Irans an die EU-3 vom 3.5.2005

Auf die bis Anfang Mai gemachten EU-3-Vorschläge ging Iran am 3.5.2005 mit einem als konstruktiv zu bezeichnenden Brief ein.

Iran sagte zu, das IAEA-Zusatzprotokoll zu ratifizieren, erklärte seine Bereitschaft zum Betrieb eines offenen Brennstoffkreislaufes ohne Wiederaufarbeitung sowie zu einem Gesetz, das die ausschließliche Nutzung der zivilen Atomenergie festschreibt.

Im Gegenzug erwartete Iran Zugang zu EU-Hochtechnologie, einschließlich Atomanlagen, Sondierungsgespräche über die Lieferung weiterer EU-Atomkraftwerke, Zusagen über die

in ihrem Schreiben vom 5.8.2005 forderten die EU-3 von Iran den Verzicht auf alle Aktivitäten eines geschlossenen Brennstoffkreislaufes, schlugen den ausschließlichen Bezug von Brennelementen aus dem Ausland vor, forderten die Ratifizierung des IAEA-Zusatzabkommens zur verschärften Überwachung bis Ende 2005 sowie die Verpflichtung Irans, niemals in Zukunft aus dem Atomwaffensperrvertrag auszutreten.

Im Gegenzug sagten die EU-3 den Zugang zu Nuklearbrennstoffen zu, boten Hilfen bei der Stilllegung und alternativen Nutzung iranischer Atomanlagen an und offerierten eine Sicherheitsgarantie der beiden Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien.

Folgen:

Iran reagierte auf diese Vorschläge, die bisher keinem Land der Welt in dieser Schärfe zugemutet wurden, äußerst ablehnend. Die iranische Empörung richtete sich vor allem gegen die Forderung nach einem Verzicht von Anlagen selbst des offenen Brennstoffkreislaufes.

Auf Druck der USA und der EU-3 formulierte der IAEA-Gouverneursrat am

24.9.2005 – ohne Konsens, sondern im Mehrheitsprinzip – eine Resolution, die Iran eines förmlichen Vertragsbruches anklagte, ohne dass dies von den Fakten ausreichend gedeckt gewesen wäre.

Vorschläge Russlands und Irans vom Oktober und November 2005

Der Vorschlag Irans vom Ende letzten Jahres, andere Länder an der Urananreicherung in Natanz zu beteiligen, stieß bei den EU-3 wie auch der US-Regierung auf schroffe Ablehnung, da diese sich auf ein generelles Nein zur Anreicherung auf iranischem Boden verständigt hatten.

Die Vorschläge Russlands zum Betrieb einer Urananreicherungsanlage für Iran und Russland auf russischem Boden wurden von Iran abgelehnt, weil sie keine Antworten für die Verwendung von hoch qualifiziertem iranischem Personal – schätzungsweise allein etwa 4000 Ingenieuren in der Atomindustrie - vorsahen, die bei Umsetzung der Vorschläge zu einem großen Teil arbeitslos geworden wären.

Dennoch scheint gerade der russische Vorschlag noch immer diplomatische Spielräume zu bieten und ist noch nicht ausgereizt.

Nach Öffnung der Siegel der Anreicherungsanlage in Natanz Anfang Januar 2006 brachen die EU-3 die Gespräche mit Iran ab und erklärten die Verhandlungen für gescheitert.

Bei sachlich-nüchterner Betrachtung fällt rückblickend auf, dass trotz einiger berechtigter Kritikpunkte der EU-3 an der Atom-Politik Teherans wie z.B. der verspäteten Meldung einiger Anlagen an die IAEO nicht Iran, sondern die EU-3 durch ihre provokativen Maximal-Forderungen vom 5.8.2005 die Hauptverantwortung für das Abbrechen der Gespräche und die derzeitige Eskalation tragen. Dies sehen eine ganze Reihe von Friedensforschern ebenso, u. a. auch Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit oder Bernd W. Kubbig von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt: „Die EU hat sich aber, teilweise selbst verschuldet, als ernsthafter Partner Teherans aus dem Verhandlungspoker herauskatapultiert. Zu den Gründen zählen die un-

realistischen Annahmen über Teherans Verhalten und überzogene Forderungen“ (Süddeutsche Zeitung, 3.1.2006), so Kubbig.

Trotz der weit fortgeschrittenen Eskalation könnten die EU-3 im Atomstreit mit Iran einige Konfliktlösungsansätze forcieren, indem sie Initiativen ergreifen für

- ⇒ eine Vermittlung durch den UN-Generalsekretär oder andere hochrangige MediatorInnen
- ⇒ eine Multilateralisierung der Urananreicherung unter Kontrolle der IAEO
- ⇒ eine ABC-waffenfreie Zone in der Region, die auch Israel einschließt
- ⇒ ein regionales Kooperations- u. Sicherheitssystem
- ⇒ eine Intensivierung bestehender Städte- und Universitätspartnerschaften zwischen Iran und EU.

Die EU-3 werden diese Initiativen vermutlich kaum von sich heraus angehen. Daher ist es höchste Zeit, dass zivilgesellschaftliche Gruppen schnellstmöglich politischen Druck auf die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens ausüben – und auch einige Fakten in der Öffentlichkeit klarstellen.

Clemens Ronnefeldt ist Friedensreferent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, 85354 Freising,

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.versoehnungsbund.de

Buchempfehlung:

„Die Friedensmacher“

von Petra Gerster und Michael Gleich
ISBN 3-446-40312-4

KLIMASCHUTZ

Zum Schutz des Klimas müssen wir beim Gebäudeheizen und der Warmwassererzeugung sowie im Auto- und Luftverkehr ansetzen. Und wir müssen RWE und Vattenfall zwingen, endlich die veralteten Braunkohlekraftwerke durch neue Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung und hohen Wirkungsgraden zu ersetzen!

Raimund Kamm

Liebe Mitglieder der EFSG, liebe Freunde und Freundinnen,

hiermit laden wir Sie als Mitglied unserer Gesellschaft herzlich (und dringlich - es kommen meistens zu wenig Mitglieder, um über die weitere Arbeit mitzubestimmen) ein:

Ordentliche Mitgliederversammlung des Jahres 2006

Sie findet am Dienstag, den 02.05.06 um 19.00 h in München in der Situlistr. 75, Dachgeschoss, statt.

Die folgenden Tops sind vorgesehen:

- 1. Begrüßung**
- 2. Feststellungen zu Einladung, Tagesordnung, Beschlussfähigkeit, Versammlungsleitung und Protokollant/in**
- 3. Berichte des Vorstands (u. a. Vorsitzender, Kassenwart, Kassenprüfer)**
- 4. Aussprache**
- 5. Entlastung des Vorstands**
- 6. Diskussion zu thematischen Schwerpunkten der E.F. Schumacher-Gesellschaft e.V.**
- 8. Verschiedenes**

Bitte beteiligen Sie sich an der Versammlung - wir nehmen gern Ihre konstruktiven Anregungen auf! Wenn Sie bestimmte Tagesordnungspunkte eingehend behandelt wissen wollen, rufen Sie bitte an unter Dickmeyer, 089-9039333.

Noch etwas: Wenn der Infobrief oder die Infobriefe Ihre Zustimmung finden, würden wir uns sehr über einen Kommentar freuen - natürlich auch über anregende Kritik oder über Themenvorschläge.

Viele Grüße



Ulrich Dickmeyer
(im Namen des Vorstands)

WIE VIEL GUNDREMMINGER ATOMMÜLL WURDE BISHER ENTSORGT?



Der aus dem öffentlichen Bewusstsein manipulierte Skandal

Raimund Kamm

Der Staat veröffentlicht Statistiken über alles, bis zur Hühnerzahl je Dorf. Aber wie viel tödlich strahlenden Atommüll wir bisher erzeugt haben, und wo der jetzt ist, das wird verschleiert. Zuletzt hatte die rot-grüne Bundesregierung einen Nuklearen Entsorgungsplan mit entsprechenden Angaben versprochen. Aber dieses Versprechen wurde genauso wenig eingehalten wie die berühmte Zusage des damaligen Bundeskanzlers Kohl in seiner ersten Regierungserklärung am 4. Mai 1983 nach der gewonnenen Bundestagswahl: „Die Entsorgung muss und wird zügig verwirklicht werden.“ Das Problem ist nach wie vor ungelöst und wird von Tag zu Tag schwieriger.

Wie entsteht der hochradioaktive Müll?

Viele Menschen glauben fälschlich, die Radioaktivität werde mit dem Uranerz aus der Erde geholt; man müsse somit den Atommüll später nur wieder beerdigen. In Wirklichkeit wird erst durch den Reaktorbetrieb die wahrlich ungeheure Radioaktivität erzeugt. Ein nach vier Jahren verbrauchter Brennstab, der ein halbes Jahr im Abklingbecken war, strahlt noch etwa 10 Milliarden (!) mal so stark wie ein unverbrauchter Brennstab. Und es dauert dann über eine Million Jahre, bis diese Radioaktivität auf ein nicht mehr tödliches und nicht mehr krankmachendes Niveau abgeklungen ist.

Wie viel tödlich strahlenden Brennelementmüll haben wir bisher produziert?

Stolz melden die Atomkraftwerksbetreiber die produzierten Kilowattstunden Strom. Aus diesen Zahlen kann man annähernd berechnen, wie viel dieses hochradioaktiven Brennelementmüll dabei erzeugt wurde.

Seit Einschalten des ersten Versuchs-

kernkraftwerks Kahl in Unterfranken im Jahre 1961 und des ersten kommerziellen Kernkraftwerks, dem Block A in Gundremmingen, im Jahre 1966

**Gundremmingen Block A
(1966 – 1977) ca. 120.000 kg**

**Gundremmingen Blöcke B+C
(seit 1984) ca. 1.100.000 kg**

**In Deutschland insgesamt:
ca. 11.000.000 kg**

wurde in den AKW produziert:

Jeden Tag werden in Gundremmingen in jedem der zwei Reaktoren weitere rund 75 Kilogramm hochradioaktiver Brennelementmüll erzeugt. Knapp ein Prozent davon ist Plutonium, das stärkste Gift überhaupt!

Wie viel ist entsorgt worden?

„Die Entsorgung im eigentlichen Sinn findet erst bei der Endlagerung



statt.“ (Dt. Bundesregierung am 7. Juni 1983). Schwach- und mittelradioaktiver Müll, der im Vergleich zum hochradioaktiven Müll weniger als ein Prozent der im Reaktor erzeugten Radioaktivität ausmacht, wurde zum Teil ins Versuchsendlager Asse II sowie bis zum Eingreifen der Gerichte in das DDR-Salzbergwerk Morsleben gekippt. Vom hochradioaktiven Müll wurde vieles zu den Plutoniumfabriken erst nach Karlsruhe, und dann

nach La Hague (Bretagne) und Sellafield (früher Windscale genannt; Nordwestengland) gefahren. In Deutschland nennt man diese Fabriken Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA). In Frankreich heißen sie – richtiger – Plutoniumfabrik. Dort wird nicht recycelt, dort wird der verstrahlte Brennstab mittels aufwändiger und fehlerhafter Technik in drei Fraktionen aufgetrennt: Uran, Plutonium und Spaltprodukte. Das Plutonium solcher Fabriken hat man ursprünglich zum Atombombenbau verwandt. Wichtig ist: Die drei Müllfraktionen werden alle zurücktransportiert, die gefährlichsten Teile in Castoren.

Und dann? Man stellt diese Castoren in Zwischenlagerhallen und hofft auf ein Endlager. Bis heute gibt es drei zentrale Zwischenlagerhallen in Deutschland: Ahaus bei Münster, Gorleben und Greifswald. Derzeit werden zwölf neue Zwischenlager an den AKW-Standorten errichtet.

Übrigens: In Gorleben wurde noch kein einziges Kilogramm hochradioaktiver Atommüll in den Salzstock eingelagert. Die Sicherheit dieses angeblich sicheren Endlagers ist äußerst umstritten und für die notwendige Zeit: eine Million Jahre, kann niemand irgendeine Garantie übernehmen. Ja, insgesamt wurde bisher in Deutschland noch nicht ein einziges Kilo entsorgt. Es ist schlicht nicht möglich. Für diesen Atommüll gibt es weder in Deutschland noch in irgendeinem Land der Erde ein Endlager, geschweige denn ein sicheres. Das ist ein schrecklicher Skandal und es ist unglaublich, dass dies kaum Gegenstand erregter politischer Debatten ist.

Abbildung im Titel aus www.Netzeitung.de

Denken und Handeln
für eine zukunftsfähige
Gesellschaft

DIE ATOMLOBBY VERHÖHNT DIE TSCHERNOBYL-OPFER

Wer hat alles mitgeholfen, die Opferzahlen herunterzurechnen?

Christine Hopf

Im September 2005 - rechtzeitig vor dem 20. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe - erscheint eine neue Studie zu den Auswirkungen des GAUs in Tschernobyl. Der Tenor der Studie: War alles gar nicht so schlimm!

Die Hauptaussagen der Studie des so genannten Tschernobyl-Forums:

Bis zum Jahre 2005 seien weniger als 50 Todesfälle direkt der Strahlung zuzuordnen.

Von den Liquidatoren – das sind jene Männer, die unmittelbar nach dem Gau die Aufräum- und Sicherungsarbeiten durchführten - würden bis zu 2200 Personen als Folge der Strahlenbelastung frühzeitig sterben. Der Unfall habe etwa 4000 Fälle von Schilddrüsenkrebs bei Kindern verursacht, die Heilung liege hier aber bei 99%. Das Auftreten von Schilddrüsenkrebs bei Erwachsenen wird verneint. Ebenso verneint wird in der Studie der Anstieg von Leukämie und anderen Krebsarten. Festgestellt wird allerdings ein schlechter Gesundheitszustand der Bevölkerung. Daran seien aber nicht die Strahlung schuld, sondern die Armut und eine regelrechte „Radiophobie“.

Die Zahlen des Tschernobyl-Forums sind gefälscht!

Zugegeben: Die Ermittlung der Opfer-Zahlen ist nicht leicht. So ist z.B. über das Schicksal der meisten der 800.000 Liquidatoren nichts bekannt, denn die jungen Soldaten wurden nach ihrem Einsatz einfach in die Weiten Russlands zurückgeschickt. Erst 1989 hat man versucht, die Liquidatoren nachträglich zu registrieren. Im Jahre 2002 sprach die ukrainische Gesundheitsbehörde von 15.000 Todesopfern unter den Liquidatoren. Neueste Zahlen aus der Ukraine sprechen von 20.000.

Falsch ist auch die Aussage des „Tschernobyl-Forums“ zum Schilddrüsenkrebs. Wie das unabhängige Otto-Hug-Strahlen-Institut durch seine Arbeit vor Ort feststellt, sind seit dem Jahr 1990 Neuerkrankungen nicht nur bei Kindern, sondern ex-

trem vermehrt auch bei Erwachsenen aufgetreten. Zynisch ist die Formulierung, die „Heilung“ liege bei 99%. Ist ein Mensch „heil“, wenn er lebenslang Medikamente für die Schilddrüsenfunktion einnehmen muss? Und: Ist dafür gesorgt, dass die Menschen dieser Region sich die Medikamente auf Dauer leisten können?

Falsch ist ebenso die Behauptung der WHO, es gebe keine Erhöhung von Leukämie und anderen Krebsarten. Das Otto-Hug-Strahlen-Institut hat vermehrt Brustkrebs bei ganz jungen Frauen und Magen-Darm-Krebs festgestellt. Selbst die IAEO hatte noch im Jahre 2000 zugegeben, dass Leukämie und andere Krebsarten vermehrt beobachtet würden.

Warum werden in dieser „Studie“ die wahren Zahlen der Opfer so frech geleugnet?

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus der Zusammensetzung dieses Gremiums. Im sog. Tschernobyl-Forum vereinigten sich Organisationen mit klangvollen Namen:

die Weltgesundheitsorganisation WHO, verschiedene andere Unterorganisationen der UN wie z.B. die ICRP (Internationale Strahlenschutzkommission) oder die UNSCEAR (das Wissenschaftliche Komitee für die Auswirkung atomarer Strahlung), dazu die Weltbank und Vertreter der Regierungen von Weißrussland, Russland und der Ukraine. Die Federführung hatte die IAEO, die Internationale Atomenergie Agentur.

Eine derartige Zusammenballung offizieller Gremien soll vertrauensbildend wirken. Aber auch ohne die Opfer-Zahlen unabhängiger Wissenschaftler zu kennen, muss man sich fragen, welche Interessen die jeweiligen Organisationen im „Tschernobyl-Forum“ vertreten.

Welche Ziele verfolgen die jeweiligen internationalen Organisationen?

Die IAEO

In der Satzung der IAEO ist festgelegt, dass eine ihrer Hauptaufgaben darin

besteht, die friedliche Nutzung der Atomenergie auf allen Gebieten und in jeder Weise zu fördern. Da verwundert es nicht, dass IAEO-Vertreter alles tun, um die Atomkatastrophe zu einem „normalen“ Industrieunfall zu erklären.

Die WHO

Zwischen der WHO und der IAEO besteht eine Abmachung. Diese besagt: Alle Erkenntnisse der WHO über strahlenbedingte Krankheiten müssen vor der Veröffentlichung zunächst von der IAEO überprüft werden. Beim 10. Jahrestag von Tschernobyl z.B. untersagte die IAEO die Veröffentlichung wissenschaftlicher Berichte über gesundheitliche Tschernobylfolgen, obwohl diese bei der WHO bereits zum Druck bereitlagen.

Die ICRP

Die internationale Strahlenschutzkommission wird von diversen Staaten finanziert. Sie ist das Gremium, das Sievert als Maßeinheit für alle Strahlungsarten eingeführt hat – und das, obwohl die Dosiswirkung extrem verschieden ist, je nachdem ob die Einwirkung extern oder intern erfolgt. Unabhängige Wissenschaftler wie z.B. die Professorin Schmitz-Feuerhake kritisieren dies scharf.

Die UNSCEAR

Das Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation der UN besteht keineswegs aus unabhängigen Wissenschaftlern, sondern aus solchen, die als Repräsentanten der Regierungen jener 21 Mitgliedsstaaten dorthin entsandt worden sind, Regierungen, die allesamt ein starkes Interesse an der Nutzung der Nukleartechnologie haben.

ICRP und UNCEAR sind jene beiden Gremien, auf deren Daten und Bewertungen sich alle offiziellen Verlautbarungen stützen.

Die REGIERUNGEN von WEIßRUSSLAND, RUSSLAND und der UKRAINE

Diese Länder treten weiterhin offensiv für die Nutzung von Atomenergie ein. Bei hohen Opfer-Zahlen müssten

sie evtl. Widerstand ihrer Bevölkerung gegen diese Politik befürchten.

Welche Rolle spielen einzelne Fachleute in diesen Organisationen?

Einer dieser Fachleute ist Prof. F. Mettler. Er vertritt in der UNSCEAR die Interessen der US-Regierung. Er hatte 1990 bösartige Schilddrüsenkarzinome bei ukrainischen Kindern analysiert und auch bestätigt, diese Fakten dann aber in seinem Forschungsbericht unterdrückt. Derartige Veröffentlichungen kämen der US-Regierung in mehrfacher Hinsicht ungelegen. Sie sähe es nicht gerne, wenn nachgewiesen würde, dass Radio-Jod die Ursache für Schilddrüsenkrebs ist. Der Grund: Sie selbst fürchtet Schadensersatzforderungen. In den 50er Jahren hatte das US-Energieministerium absichtlich eine Wolke mit radioaktivem Jod-131 freigesetzt, um zu testen, wie gut man die Spur einer solchen Wolke verfolgen könne. Hinzu kamen Kontaminationen aus den Atomwaffentests und Freisetzungen in großer Menge aus der Nuklearanlage in Hanford.

Unter den Teilnehmern der IAEO-Konferenz im Sept. 2005 in Wien war auch Prof. Ilyin aus Moskau vom Institut für Biophysik beim Ministerium für Gesundheitswesen. Auf seinem Schreibtisch landeten über Jahrzehnte alle (Geheim-)Berichte über Strahlenvorkommnisse auf dem Gebiet der UdSSR. Er ist langjähriger

Vertreter der Sowjetunion bzw. Russlands im UNSCEAR-Komitee und bei der ICRP. Die weißrussischen Ärzte schätzen ihn nicht, weil er persönlich dafür verantwortlich ist, dass den Ärzten verboten wurde, die flächendeckende Jodprophylaxe unmittelbar nach der Tschernobyl-Katastrophe durchzuführen. Viele tausend Kinder und Erwachsene sind auf Grund des Vertuschungsversuchs von Ilyin an **Schilddrüsenkrebs erkrankt**.

Fazit :

Der Atomlobby ist es gelungen, ihre Interessen in allen internationalen Gremien zu vertreten.

Bei dieser Zusammensetzung des Tschernobyl-Forums verwundert es nicht, dass die Opferzahlen extrem heruntergerechnet wurden.

Wie können wir dagegenhalten? Wir müssen lernen, auch Verlautbarungen vermeintlich neutraler Organisationen wie z.B. der WHO kritisch zu hinterfragen. Wir müssen zusammen mit unseren Mitstreitern aus der Anti-Atombewegung Vertuschungen aufdecken und Gegendarstellungen, wo immer möglich, veröffentlichen. Und wenn es auch nicht immer gelingt, die Fakten über die Medien an eine breite Öffentlichkeit zu bringen, so können wir doch im persönlichen Bekanntenkreis mit etwas „Mut vor dem Freund“ unser Wissen weitergeben.

Quellen:

- ⇒ Dr. Sebastian Pflugbeil, Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, Berlin; Bericht über die Konferenz „Chernobyl: Looking Back to Go Forwards“ der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) am 6./7.
- ⇒ September 2005 in Wien in: Zeit-Fragen Nr. 39, 3.10.2005 und im Vortrag anlässlich der Tagung von Nuclear Free Future Award am 5.11.2005 in München
- ⇒ Professor Dr.med. E.Lengfelder, Vorsitzender des Otto Hug Strahleninstituts, Klärung von Gesundheitsfolgen des Tschernobyl-Unfalls stößt auf Widerstand, in: Zeit-Fragen, Nr. 8, 1.3.2004
- ⇒ Professorin Dr. Schmitz-Feuerhake, Gesellschaft für Strahlenschutz e.V., Köln; Vortrag anlässlich der Tagung „Updating International Nuclear Law“ in Salzburg am 21. bis 23.10.2005.
- ⇒ Christina Hacker, Die Atomlobby verhöhnt die Opfer, in: Umwelt-nachrichten des Umweltinstituts München e.V., Heft 102, Dezember 2005
- ⇒ Professor Dr. Theodor Abelin, Prof. em. für Sozial- und Präventivmedizin, Bern, in: Zeit-Fragen, 3.1.2006



HUNGER UND NOT IM ÜBERFLUSS:

Ein humanitärer Verein benötigt Ihre Hilfe

Familienpatenschaften Bosnien und Herzegowina e.V. unterstützt in Zenica, einer Stadt in Bosnien und Herzegowina mit einer Arbeitslosenquote von über 70 %, alleinerziehende Mütter die unter dem Existenzminimum leben.

Was bedeutet das? Das bedeutet Wohnen in Baracken, in Flüchtlingscamps, in von Granaten zerstörten Häusern, teilweise ohne Strom, ohne Heizung und ohne Wasser, mit 73 KM (Konvertible Mark) = € 37,32 monatlich. Mit diesem Betrag müssen manchmal bis zu sieben Personen auskommen, denn die Stadt zahlt kein Kindergeld und Lebensmittel kosten etwa 60–70 % unseres Preises!

Viele dieser Mütter mit ihren Kindern

sind durch den Krieg und das Erlebte traumatisiert, sind krank, unterernährt, und, auch wenn es Arbeit für sie gäbe, unfähig zu arbeiten.

Familienpatenschaften Bosnien und Herzegowina unterstützt seit sechs Jahren etwa Zweihundertdreißig alleinerziehende Mütter mit monatlich 50 KM. Leider lässt die Bereitschaft, sich mit einer Spende zu engagieren, nach. Damit wenigstens für einen Teil dieser Notleidenden die Unterstützung aufrecht erhalten werden kann, benötigen wir Ihre Hilfe. Mit monatlich 26 Euro lindern Sie die größte Not. Wenn Sie, oder Ihre Bekannten und Freunde, mehr über diesen Verein erfahren wollen oder eine Familie unterstützen möchten, bitten wir Sie, sich an folgende Adresse zu wenden:



Familienpatenschaften Bosnien und Herzegowina e.V.

Inge Glatzel
1. Vorsitzende
Hausner Str. 69
85551 Kirchheim

Telefon 089/90 39 333
Fax 089/904 690 05
Email: Inge.Glatzel@gmx.de

Buchbesprechung

„Unsere Kernkraftwerke stellen keinerlei Risiko dar, man könnte sie sogar auf dem roten Platz bauen. Sie sind sicherer als unsere Samoware.“ Irgendwie klingt der Satz doch bekannt. Wenn man den roten Platz gegen den Marienplatz austauscht und die Samoware gegen Autos oder Turnhallen, dann könnte man ihn glatt einem bayrischen Politiker zuschreiben. Er stammt aber von einem Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Zitiert ist er in dem Bildband „Tschernobyl – Nahaufnahme“ von Igor Kostin.

Igor Kostin war in der Sowjetunion erst Ingenieur, dann Pressefotograf. Er lebt in Kiew - war und ist von der Katastrophe also auch ganz persönlich betroffen. Er war als erster Journalist an der Unfallstelle und hat seither regelmäßig am Reaktor und in der Todeszone fotografiert. Als er am 26. April 1986 die ersten Aufnahmen vom brennenden Reaktor in Tschernobyl machte, wunderte er sich, dass seine Kamera blockierte und der Film fast vollständig geschwärzt war - eine Folge der hohen Radioaktivität. Nur das allererste Bild war halbwegs brauchbar. Aber obwohl es die einzige Aufnahme von Unglückstag war, weigerte sich die Nachrichtenagentur Nowosti, es zu veröffentlichen. Das war ein Teil der Vertuschungsstrategie der Sowjetunion, die immer so

weiter ging, letztlich über ihren Untergang hinaus. Zuerst hat sie sogar internationale Hilfe abgelehnt. Kostin schreibt, man habe sich mit dem beholfen, was man hatte, mit Menschen: 600 bis 800 Tausend Menschen, davon eine halbe Million Soldaten waren als Liquidatoren eingesetzt. Ihnen sind zwar viele Dinge versprochen worden, die sie dann nicht bekamen, aber Kostin betont immer wieder, dass die meisten es nicht wegen der materiellen Anreize taten, sondern aus Idealismus. Ohne das Opfer der vielen hätte es noch viel mehr Tod und Verwüstung gegeben. Maschinen - Roboter aus Japan, Deutschland und anderen Industrieländern - haben in der hohen Strahlung auf dem Reaktordach sehr schnell ihren Geist aufgegeben.

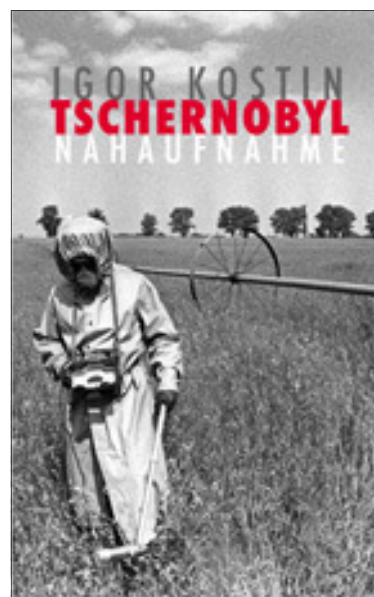
Nach ihrem Einsatz wurden die Liquidatoren in ihre weit verstreuten Heimorte zurückgeschickt. Allein deshalb weiß niemand, wie viele Tote es unter ihnen gegeben hat und die weiteren Opfer aus der Bevölkerung werden genauso wenig gezählt. Die 50 Toten, die inzwischen von offizieller Seite eingestanden werden, sind der reine Hohn! Kostin kann das schon mit seinen eigenen Beobachtungen widerlegen.

Aber auch nach dem heroischen Bau des Sarkophags um den zerstörten Reaktor ist noch lange nichts in Ordnung. Kostin, der selber schwer verstrahlt worden ist, fährt nach wie vor

regelmäßig in die Todeszone und dokumentiert das Geschehen. Neben dem Reaktor gibt es noch viele ungesicherte Atommülllager. Von ihnen gehen große Gefahren aus, die Kostin im Bild festgehalten hat.

Die eindringlichen Bilder Kostins und seine kaum weniger eindringliche Schilderung ihrer Entstehung sollten eigentlich das Gerede von einer Renaissance der Atomkraft für immer zum Schweigen bringen.

Doris Rüb



Der Bildband „Tschernobyl – Nahaufnahme“ ist im März 2005 im Antje Kunstmann Verlag erschienen und kostet 24,90 Euro

WER KRITISCH FRAGT

IST NOCH LÄNGST KEIN KERNKRAFTGEGNER

Mit großer Beharrlichkeit versucht die Stromwirtschaft, in der Öffentlichkeit die Bedeutung der erneuerbaren Energien herunterzuspielen, um deren Fürsprecher zu entmutigen. Prominentestes Opfer der Entmutigungskampagne war die damalige Umweltministerin Dr. Angela Merkel, die kurz nach ihrer Amtsübernahme vor der Presse wörtlich erklärte: "Sonne, Wasser oder Wind können auch langfristig nicht mehr als 4 % unseres Strombedarfs decken."

Der Solarförderverein Aachen hat eine Anzeige der Stromwirtschaft vom 26.06.1993 mit dieser Aussage

neu ins Gedächtnis gebracht und im Internet veröffentlicht.

Im Jahr 2005 deckten die Erneuerbaren schon über 10 Prozent des Strombedarfs, mit deutlich steigender Tendenz!

Quellen: http://www.sfv.de/briefe/brief97_1/sob97135.htm

<http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/36645/>

dr

Denken und Handeln
für eine zukunftsfähige
Gesellschaft

Liebe Freunde und Leser des Infobriefes, liebe Freunde der Schumacher-Gesellschaft!

Wenn Ihnen wie uns die Themen des Infobriefes und des Schumacher-Forum wichtig sind, würden wir uns sehr freuen, wenn wir Sie als Mitglied in unserer Gesellschaft begrüßen könnten.

Der Beitrag unserer Mitglieder macht unsere Arbeit erst möglich. Damit Sie bei der nächsten Mitgliederversammlung (am 2. Mai 2006) schon dabei sein können (Ihre Anregungen sind uns wichtig), bitten wir Sie, sich ganz schnell bei uns zu melden. Anschrift und Telefonnummer finden Sie im Impressum auf Seite 8

ATOMENERGIE DIENT NICHT DEM KLIMASCHUTZ!

Doris Rüb

Seit Tschernobyl hat sich das allgemeine Interesse anderen Themen zugewandt, unter anderem dem Klimawandel. Nun werden ausgerechnet mit Umweltargumenten neue Kernkraftwerke propagiert. Eine neue Broschüre herausgegeben von "ROBIN WOOD e.V. und .ausgestrahlt" greift diese Diskussion auf und liefert Argumente gegen die Behauptung, wir würden gegen den Klimawandel neue Atomkraftwerke brauchen.

Im Einzelnen werden die folgenden 10 Argumente ausführlich erklärt:

1. Dem Klimawandel durch Ausbau der Atomkraft begegnen zu wollen hieße, ein Risiko durch ein anderes inakzeptables Risiko zu ersetzen.
2. Es gibt weniger riskante Wege, das Klima zu schützen.
3. Durch den Neubau von Atomkraftwerken die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen, ist zeitlich nicht zu schaffen und politisch nicht mehrheitsfähig.
4. Auch global sind Atomkraftwerke die falsche Antwort auf den Klimawandel.
5. Uran wird als Rohstoff für den Betrieb von Atomkraftwerken gebraucht. Diese Ressource ist in absehbarer Zeit erschöpft.
6. Der Bau von Atomkraftwerken treibt ärmere Länder noch tiefer in die Schuldenfalle und bindet Kapital, das für den Ausbau alternati-

- ver Energietechniken fehlt.
7. Die Nutzung von Atomkraft erlaubt nur eine ungünstige Energieausbeute.
 8. Auch Atomstrom ist nicht CO₂-frei zu haben.
 9. Die Energiekonzerne führen das Klimaschutzargument im Munde, wenn es darum geht, für die Atomkraft zu werben. Sie scheren sich ansonsten aber wenig um Klimaschutz, sondern gehören vielmehr zu den größten Klimaverschmutzern. Ihre Argumentation ist scheinheilig.
 10. Die Atomkraftbefürworter wollen den Klimaschutz nutzen, um zusätzliche Subventionen durch Clean Development Mechanisms (CDM) zu bekommen.

Gemeinsam mit Robin Wood haben wir die Broschüre "Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz!" erstellt. Kurz und knapp werden die zehn wichtigsten Gründe vorgestellt, warum Atomkraft nicht das Weltklima rettet. Wie lange reichen die Uranvorkommen noch? Warum treibt Atomkraft Entwicklungsländer in die Schuldenfalle? Wie viel Kohlendioxid setzt Atomkraft frei? (Download als pdf-Datei)

Sie können die Broschüre bei ROBIN WOOD, Postfach 10 21, 2228021 Bremen, Tel. 0421 / 598 288 bestellen, (1 Expl.: 1,50 €; 10 Expl. 5 €; 100 Expl. 30 €) oder im Internet unter www.ausgestrahlt.de herunterladen.

IMPRESSUM

Herausgeber

E. F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie e.V.
Situlistraße 75
80939 München

Telefon: 089/32462951

oder in dringenden Fällen 089/9039333

Fax: 089/90469005

Email:

info@e-f-schumacher-gesellschaft.de

Sie finden uns auch im Internet unter www.e-f-schumacher-gesellschaft.de

Verantwortlich für den Inhalt

Ulrich Diekmeyer,
Prof. Dr. Ernst Schrimpff

Redaktion

Dr. Doris Rüb, Isabella Barbagallo

Redaktionsadresse

Isabella Barbagallo
Lusenweg 34
85748 Garching
Telefon 089/32928803
Fax 089/32928805
Email: Barbagallo@t-online.de

Mitarbeit/Autoren

Isabella Barbagallo, Peter-Julius Herrmann, Christine Hopf, Uto Hopf, Raimund Kamm (R.K.), Claus Ronnefeldt, Dr. Doris Rüb (dr)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, nicht in jedem Fall die der Redaktion wieder

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen

Vertrieb

Der Infobrief wird kostenlos an die Mitglieder der E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie verteilt

Bankverbindung

Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto-Nr. 811 00 808

**Eine Bitte an die Nichtmitglieder:
Helfen Sie uns, den Infobrief durch eine
Spende zu finanzieren.**

VERANSTALTUNGSHINWEIS

23. April 2006, 11 Uhr – Alter Rathaussaal München

Veranstalter: Mütter gegen Atomkraft

20 Jahre Tschernobyl

Benefizveranstaltung für die Kinder von Tschernobyl

mit trio-infernale und Jörg Hube als Gast

**Bitte teilen Sie uns Ihre
Email-Adresse mit
(an Barbagallo@t-online.de),
damit wir Sie kurzfristig
über Terminänderungen
oder über wichtige Neuheiten
informieren können.**